



Per E-Mail

Bundesamt für Wohnungswesen

Storchengasse 6

2540 Grenchen

recht@bwo.admin.ch

Vernehmlassung zur Änderung der Verordnung über die Miete und Pacht von Wohn- und Geschäftsräumen (VMWG)

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme, die wir gerne wahrnehmen:

1 Grundsätzliche Bemerkungen

Die SP Schweiz unterstützt die vorgeschlagene Teilrevision der VMWG mit der Schaffung eines neuen Art. 8a E-VMWG vorbehaltlos und ohne Änderungswünsche. Aus unserer Sicht ist die vorgesehene administrative Erleichterung¹ bei der Ermöglichung von wiederholt kurzzeitigen Untermietverhältnissen v.a. über digitale Beherbergungsplattformen zeitgemäss. Die vorgesehene Präzisierung der möglichen Ablehnungsgründe gemäss Art. 8a Abs. 3 E-VMWG schafft zudem Rechtssicherheit für alle Beteiligten und liegt auch deshalb im Interesse der Mieter/innen.

Darüber hinaus bitten wir jedoch den Bundesrat, gemeinsam mit den Kantonen Massnahmen zu ergreifen, um die negativen Auswirkungen der Untervermietung über digitale Buchungsplattformen insbesondere auf die Verfügbarkeit von erschwinglichen Mietobjekten v.a. in den Städten bestmöglichst zu beseitigen. Diesbezüglich verweisen wir auf die entsprechende Vernehmlassungsantwort des Schweizerischen Mieter/innenverbandes (SMW).

¹ Vgl. Erläuternder Bericht, S. 4.

Wir bitten Sie um Kenntnisnahme unserer Stellungnahme.

Mit freundlichen Grüßen

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DER SCHWEIZ



Christian Levrat
Präsident



Claudio Marti
Politischer Fachsekretär